



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Millionen für die Rüstungsindustrie bezahlt vom Steuerzahler**

Bericht: Otfried Nassauer, Kim Otto, Achim Pollmeier

Datum: 04.08.2011

Monika Wagener: "Muss man Firmen bei Rüstungsverkäufen mit Steuergeldern finanziell unterstützen, wenn die dreistellige Millionengewinne machen? Nein, würden Sie jetzt wahrscheinlich spontan sagen und genau davor hat die Bundesregierung anscheinend Angst. Denn sie macht es - mit Millionenbeträgen. Weil das bei der Bevölkerung nicht so gut ankommt, versteckt sie solche Summen offenbar lieber in verschiedenen Haushaltsposten. Unsere Autoren sind dem auf die Schliche gekommen."

18. Februar 2010. Vom Luftwaffenstützpunkt Laage bei Rockstock brechen Eurofighter der Bundeswehr zu einer merkwürdigen Mission auf. Ohne Bundestagsmandat, aber mit gewaltigem Aufwand. Insgesamt sechs Eurofighter machen sich auf den Weg. Je zwei Flugzeuge bleiben als Reserve auf Kreta und der Arabischen Halbinsel zurück. Zwei Eurofighter fliegen weiter in ihr Einsatzland: nach Indien. Mit im Einsatz - gleich drei Transportflugzeuge - für Luftbetankungen, Materialtransport und um 80 Soldaten nach Indien zu bringen. Ein gewaltiger Aufwand - aber nicht für einen Militäreinsatz, sondern für Verkaufs-Werbung! Der Eurofighter-Hersteller EADS-Cassidian hatte darum gebeten. Worum es ging, zeigt ein internes Bundeswehr-Papier, das MONITOR vorliegt. Zweck der Indien-Mission waren "Flug- und Bodenevaluationen" durch die indische Luftwaffe. Eine "Unterstützungsleistung" für EADS im Rahmen einer "Exportkampagne" für den Eurofighter.

Quasi eine Verkaufsveranstaltung, finanziert mit Steuergeldern. Die Kosten für den Einsatz werden in dem internen Bundeswehr-Papier mit 13,5 Millionen Euro beziffert - ohne Personalkosten. Und wie viel davon trägt die Industrie? Vom Verteidigungsministerium dazu kein Interview. Man trickst und verschleiern. Man habe auf die Kostenerstattung "teilweise" verzichtet,

heißt es schriftlich - aus "dringendem Bundesinteresse". Nur mit Hilfe unseres Bundeswehr-Papiers lässt sich errechnen, dass EADS allein für diese Mission mindestens 12 Millionen Euro geschenkt wurden.

Hans-Christian Ströbele, Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN: "Es ist nicht Aufgabe der Bundeswehr, die Geschäfte der deutschen Rüstungsindustrie zu unterstützen und mitzutragen, dafür wird sie nicht bezahlt, das steht auch weder im Grundgesetz noch sonst wo."

Rüstungsexporthilfen auf Kosten der Steuerzahler? Seit Jahren wirbt die Bundesregierung massiv für den Eurofighter, zuletzt die Bundeskanzlerin im Mai dieses Jahres in Indien.

Angela Merkel, 31.05.2011: "Das ist kein Geheimnis, dass wir auch zum Beispiel im Bereich des Eurofighter gute Angebote gemacht haben. Also Deutschland ist sehr daran interessiert, die Verhandlungen und die Beziehungen zu Indien auszuweiten."

Auch der ehemalige Verteidigungsminister hat in Indien für den Eurofighter geworben. Verkauft wird das als Einsatz für den "Erhalt rüstungstechnischer Kompetenzen". Im Oktober war der Außenminister in Indien - immerhin einem Spannungsgebiet. Einen Monat früher der Wirtschaftsminister. Und immer dabei: Der Chef des Eurofighter-Herstellers EADS-Cassidian Stefan Zoller oder ein Vertreter. Der deutsche Botschafter Bernd Mützelburg warb in Indien gleich mit entsprechender Kopfbedeckung.

Bernd Mützelburg, deutscher Botschafter (Übersetzung MONITOR): "Wir wollen die vier Eurofighter-Staaten durch einen fünften erweitern, nämlich Indien."

Das war 2009 bei der Luftfahrtmesse Aero India. Damals hatte die Bundeswehr für EADS gleich drei Eurofighter nach Indien geflogen, damit der Rüstungskonzern sie hier vorführen und bewerben konnte. Die Kosten für den Steuerzahler damals: mehr als 8,5 Millionen Euro. Kein Einzelfall: In dem internen Papier sind weitere Unterstützungsleistungen für den Eurofighter-Export aufgelistet. Darunter mehrere "Teilnahmen an Messen und Luftfahrtausstellungen", "Begleitungen bei Waffensystem-Präsentationen" und Einsätze zur "Ausbildungsunterstützung". Zumindest die Arbeitskosten trägt dabei praktisch immer die Bundeswehr. Und um all die Hilfen für den Rüstungskonzern EADS zu koordinieren, wurde im Ministerium eigens ein Stab eingerichtet - die "Arbeitsgruppe Eurofighter-Export". Beamte und Stabsoffiziere der Besoldungsgruppen A14 und A15. Kosten für den Steuerzahler inklusive Dienstreisen: bis zu 400.000 Euro jährlich. Doch nicht nur EADS wurde in den letzten Jahren von der Bundeswehr unterstützt. Hilfen gab es auch für andere Hersteller - beim Export von U-Booten, Korvetten, Drohnen und anderen Rüstungsgütern. Millionenhilfen für die Rüstungsindustrie. Der Haushalt

des Verteidigungsministeriums wird von den Abgeordneten bewilligt. Aber die Exporthilfen sind dort gar nicht ausgewiesen.

Gesine Löttsch, Parteivorsitzende DIE LINKE: "Wenn Subventionen nicht ausgewiesen werden, dann werden zum einen die Abgeordneten getäuscht, aber auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden getäuscht, und ihnen wird nicht gesagt, wofür ihr Geld verwendet wird."

Tobias Lindner, Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN: "Wenn dann weder der Verkäufer noch der Käufer vollständig diese Kosten übernimmt, sondern der Bundeshaushalt und damit der deutsche Steuerzahler, dann legt das den Verdacht nahe, dass hier Haushaltsgelder sachfremd verwendet werden, man kann auch sagen missbraucht werden. Und damit auch das Geld des Steuerzahlers an dieser Stelle verschwendet wird."

Täuschung? Sachfremde Verwendung von Steuergeldern? Das wäre rechtswidrig. Der Staatsrechtler Prof. Werner Heun prüft noch einmal unsere Unterlagen und vergleicht sie mit dem Verteidigungsausschuss.

Prof. Werner Heun, Staatsrecht Universität Göttingen: "Der Bundeshaushaltsplan sieht einen Titel vor für die Förderung rüstungstechnischer und militärpolitischer Zusammenarbeit. Dieser Titel enthält aber nur eine bestimmte Summe von Ausgaben, die bei weitem überschritten worden sind. Und das bedeutet, dass die Mittel aus anderen Titeln entnommen werden mussten. Die Überschreitung ist so bedeutend, dass hier schon von einem gravierenden Verstoß zu sprechen ist, der in den Bereich der Verfassungswidrigkeit hineinführt."

Eurofighter-Hersteller EADS Cassidian machte 2010 übrigens einen Gewinn von 450 Millionen Dollar. Der Steuerzahler hat kräftig mitgeholfen.

Monika Wagener: "Sie haben es gehört: ein Jahresgewinn von 450 Millionen Dollar durch den Verkauf von Eurofightern. Ja, da musste dringend eine Finanzhilfe vom Steuerzahler her."